



Medienkonferenz 3. November 2020

Isabel Garcia, Gemeinderätin / Gemeinderätin und Fraktionspräsidentin GLP

NEIN zu überfüllten Badis

Die Badeanlagen der Stadt Zürich sind beliebt und werden rege genutzt, das zeigen die jährlich steigenden Zahlen der BesucherInnen – und das ist gut so! Was der Gegenvorschlag zur Volksinitiative Sportstadt Züri der linken Parteien hier den Stadtzürcher StimmbürgerInnen verkaufen will, ist in mehrfacher Hinsicht eine komplett realitätsferne und äusserst kostspielige Mogelpackung:

- Alle Untersuchungen zeigen, dass die aktuellen Eintrittspreise für Badis kein Grund für sportliche Inaktivität sind. Also werden auch Gratiseintritte niemanden dazu bringen, sich nun regelmässig und intensiv dem Schwimmsport zu widmen.
- Bereits heute operieren die städtischen Badis zum Teil an der Kapazitätsgrenze. Kommen massenhaft auswärtige Badegäste dazu, weil auch für sie der Eintritt kostenlos wäre, dann droht die Überfüllung und somit Zugangsbeschränkungen bzw. temporäre Schliessungen. Denn die Sicherheit der Badegäste vor Ort muss zu jedem Zeitpunkt gewährt werden können. Das führt dazu, dass unter dem Strich weniger StadtzürcherInnen die städtischen Freibäder werden nutzen können.
- Ein Ja am 29. November 2020 hat auch zur Folge, dass die Stadtzürcher SteuerzahlerInnen für das Gratis-Bade-Vergnügen zahlreicher Auswärtiger aufkommen müssen. Es wird damit gerechnet, dass die Anzahl Badi-Eintritte um 50% zunehmen würde und davon gut die Hälfte auf Nicht-Stadtzürcherinnen fallen würde. Ebenfalls steigen würden Personal-, Reinigungs-, Unterhalts- sowie Investitionskosten, beispielsweise für Technik und Kontrolle. Insgesamt kostet die Annahme des Gegenvorschlags zur Volksinitiative Sportstadt Züri mindestens 15 Mio. CHF zusätzlich und dies jährlich wiederkehrend. Gerade in gesellschaftlich und wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein durch und durch verantwortungsloses Vorhaben.



Medienkonferenz 3. November 2020

Ernst Danner, Gemeinderat, Präsident EVP Stadt Zürich

NEIN zum Gratis-Traum, der nicht aufgeht

Seit ihrem Wahlsieg vor zwei Jahren haben SP, Grüne und Alternative im Gemeinderat die Tugend des Masshaltens verlernt und lassen sich in der Unterstützung radikaler Forderungen kaum mehr bremsen. Besonders leicht fällt es diesen Parteien, Geschenke zulasten der Stadtkasse zu verteilen, indem sie die Stadt zu mehr Ausgaben und weniger Einnahmen veranlassen.

Der Sport ist in unserer Stadt ein Anliegen der ganzen Bevölkerung. Abstimmungen zum Sport finden in der Regel grosse überparteiliche Zustimmung. Es schmerzt die EVP deshalb umso mehr, dass der Sport mit der Initiative Sportstadt Zürich und dem Gegenvorschlag der linken Ratsmehrheit zum Spielball parteipolitischer Machtkämpfe geworden ist.

Für etliche Anliegen von «Sportstadt Züri» hat die EVP durchaus Verständnis. Sport soll für alle möglich sein, unabhängig von den finanziellen Verhältnissen. Das ist aber bereits heute der Fall. Wer will, hat in Zürich tausend Möglichkeiten für sportliche Aktivitäten. Die EVP hätte auch gerne der Reduktion der Benutzungskosten für die städtischen Sporeinrichtungen für nicht gewinnorientierte Sportorganisationen zugestimmt. Mit dem Gratis Eintritt in sämtliche Badis hat die radikale Linke aber den Bogen überspannt.

Die städtischen Bäder sind teure Einrichtungen, die zudem nur während einer kurzen Zeitspanne des Jahres betrieben werden. Auch wer wenig Geld hat, kann sich die moderaten Eintrittspreise in die Badis leisten. Es besteht keinerlei Anlass, mit einer sozialistischen Symbolpolitik die Illusion zu fördern, dass all diese Leistungen, die von der Stadt für saubere und sichere Bäder erbracht werden, kostenlos seien. Es ist sehr schade, dass von der SP und der AL und den ebenso sozialistischen Grünen der Traum vom kostenlosen Volksparadies geträumt wird.

Unsere Badis sind ihren Eintritt wert. Wer nur wenig Geld hat, soll ermässigt eintreten können, aber es muss etwas kosten. Darum sagt die EVP Nein zum «Gegenvorschlag Volksinitiative Sportstadt Züri».



Medienkonferenz 3. November 2020

Markus Hungerbühler, Mitglied Präsidium CVP Stadt Zürich

NEIN zu Badetourismus und Mehrverkehr

Der Gegenvorschlag zur Initiative «Sportstadt Züri» ist absolut unausgegoren und schiesst völlig über das Ziel hinaus. Wir alle kennen den Spruch: Was nichts kostet, ist nichts wert!

Überfüllte Badeanstalten in der Stadt Zürich wären die unweigerliche Folge von Gratiseintritten in die Freibäder der Stadt Zürich. Denn Gratiseintritte hätten eine enorme Sogwirkung für die ausserhalb der Stadt Zürich lebende Bevölkerung. Man würde aus den umliegenden Gemeinden den Weg unter die Füsse nehmen bzw. mit dem öffentlichen Verkehrsmittel oder wohl eher mit dem Auto nach Zürich in die Badi fahren. Der Druck auf die immer weniger vorhandenen Parkplätze würde weiter zunehmen. Leidtragende wären die Stadtzürcher Bevölkerung und ihr Gewerbe, welchen die raren Parkplätze ausgehen würden.

Ebenso würde logischerweise auch der Suchverkehr – insbesondere in der Nähe der Freibäder – in den einzelnen Quartieren zunehmen. Der Zutritt zu den drei Flussbädern in der Stadt ist heute schon unentgeltlich. Wenn Sie schon einmal bei schönem Sommerwetter das Flussbad Werdinsel besucht haben und das dortige Verkehrschaos im Quartier mit übervollen Parkplätzen gesehen haben, können Sie sich unschwer vorstellen, was uns mit der Annahme des absolut überzogenen Gegenvorschlages in weiteren Quartieren blühen würde. Ohne Übertreibung würde es zu einem Verlust an Lebensqualität für die Stadtbevölkerung kommen!

Aus all diesen Gründen lehnt die CVP Stadt Zürich den unausgegorenen Gegenvorschlag zur Initiative «Sportstadt Zürich» aus Überzeugung ab und hofft, dass die Mehrheit der Stadtzürcher Stimmbevölkerung dies am 29. November 2020 ebenso sehen wird.



Medienkonferenz 3. November 2020

Susanne Brunner, Gemeinderätin SVP, Vorstand Bund der Steuerzahler Schweiz

NEIN zu Mehrkosten für den Steuerzahler

Die Stadt Zürich steht vor dunklen Zeiten – finanzpolitisch. Die Corona-Pandemie hat die Weltwirtschaft stottern gebracht. Und die hervorragend laufende Schweizer Wirtschaft in eine Rezession katapultiert. Die Ökonomen streiten, ob der Wirtschaftsverlauf eher einem V oder einem U folgen wird. Also, ob wir eine rasche wirtschaftliche Erholung erleben werden oder eine längere Rezession. Was wir jetzt schon wissen: Wir sind in einer tiefen Rezession, die viele Arbeitsplätze kostet. Ganze Branchen in der Stadt Zürich sind bedroht: Die Gastronomie, die Hotellerie, die Event- und Kulturbranche. Es wird Konkurse und viele Arbeitslose geben.

Dies alles wird sich im Haushalt der Stadt Zürich abbilden. Steuereinnahmen werden rückläufig sein, Ausgaben im Sozialbereich werden ansteigen. Zusätzliche Kosten verursacht die Corona-Pandemie selber. Für nächstes Jahr rechnet der Stadtrat mit einem Defizit von 100 Millionen Franken, für die Jahre 2022 bis 2024 mit einem Minus von jeweils rund 200 Millionen Franken.

Und jetzt: Kommunistisch baden in Zürich! Die Forderung nach gratis Badis und Sportanlagen ist bereits in guten Zeiten nicht gerechtfertigt, vor dem Hintergrund der Krise jedoch schlicht absurd. Der Deckmantel der «Sportförderung» funktioniert auch nicht: «Sünnelä und bädälä», also «herumliegen» kann man kaum als Sport bezeichnen. Warum soll der Steuerzahler die Badi-Eintritte übernehmen? Andere gehen in der Freizeit mit dem Hund spazieren, wandern, ins Kino oder ins Fitness-Studio.

Gratis ist gar nichts, es zahlen einfach die anderen. Der Gegenvorschlag zur Initiative «Sportstadt Züri» wird Mehrkosten für den Steuerzahler von mindestens 15 Millionen Franken pro Jahr zur Folge haben. Das wären in 10 Jahren 150 Millionen Franken. Die Stadt muss mit den Steuereinnahmen verantwortungsvoll umgehen. Die Wirtschaftskrise stellt uns vor ganz neue Aufgaben. Gratis-Badis gehören nicht dazu.



Medienkonferenz 3. November 2020

Yasmine Bourgeois, Gemeinderätin FDP / Vizepräsidentin Kommission PRD/SSD

NEIN zum Bumerang für Sportverbände

NEIN zu einer Forderung, die bereits grosszügig erfüllt ist!

Die Stadtzürcher Bevölkerung ist überdurchschnittlich aktiv im Vergleich zur restlichen Schweiz. Dreiviertel der Bevölkerung macht mindestens einmal pro Woche aktiv Sport und die Hälfte der Bevölkerung mehrmals pro Woche. Eine Umfrage hat gezeigt, dass lediglich 1% der Nichtsportler aus finanziellen Gründen keinen Sport treiben. Die genannten Gründe waren Zeitmangel, Motivationsmangel oder gesundheitliche Gründe.

Mit dem riesigen Angebot an Sport- und Badeanlagen – ich denke dabei an Finnenbahnen, Vitaparcours, Beachvolleyballfelder, Zürifitanlagen, gratis Sommerbäder, aber auch Pausenplätze mit diversen Sportinstallationen, Wander- und Velowege und viele andere Anlagen - die heute schon gratis genutzt werden können, muss in dieser Stadt wirklich niemand auf Sport verzichten. Sogar öffentlich zugängliche Garderoben sind vorhanden. Ein Sportmuffel wird kaum zur Sportskanone, wegen eines Gratiseintritts. Und Kindern und Jugendlichen steht ein fast unbegrenztes Angebot an freiwilligem Schulsport – gratis bis fast gratis – zur Verfügung.

Sportverbände / Jugendsport brauchen diese Initiative nicht – sie werden bereits heute grosszügig von der Stadt unterstützt.

Der Jugendsport ist schon heute gratis. Sportverbände müssen für ihre Jugendmannschaften keine Gebühren entrichten. Daneben wurde der Jugendsport 2020 von der Stadt Zürich mit zusätzlichen 2.35 Millionen Franken unterstützt. Vereine erhalten damit zusätzliche Beiträge für Materialbeschaffungen, Sportlager, Trainerkosten und Anderes. Auch der Nicht-Jugendsport wird von der Stadt grosszügig unterstützt. So sind die Gebühren von der Stadt für diese Sportverbände zu 80% subventioniert.

Bumerang für die Sportverbände

Würde die Vorlage angenommen, so würde dies zu Übernutzung der bereits überlasteten städtischen Sportanlagen führen. Denn einerseits erhielten Kinder und Jugendliche bis 20 und Erwachsene in finanziell schlechten Verhältnissen Zutritt zu allen Sport- und Badeanlagen. Andererseits könnten Vereine diese Anlagen gratis nutzen. Wenn ich nicht zur ersten Kategorie gehöre, würde ich einfach einen Verein gründen, meine Kollegen dazu einladen und schon könnte ich ebenfalls gratis Sport betreiben. Auf Kosten der Steuerzahler. Tönt traumhaft, kann aber nicht aufgehen. Die Nachfrage wird überall rasch grösser sein als

das Angebot, wodurch die Sportverbände und die Stadtbevölkerung letztlich verdrängt werden. Für die Sportverbände und die bereits heute schon übernutzten Sportanlagen ein klarer Nachteil, den es zu verhindern gilt.

Deshalb:

Nein zum subventionierten Rundum-Wohlfühlpaket und unechter Sportförderung auf Kosten der Steuerzahler!